

Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Amt Dresden Nr. 51507
Zell.-Nr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Post-Rote: Stadthaus Dresden, StraÙe Blasewitz Nr. 656
Postfach-Rote: Nr. 512 Dresden

Lageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchverleger und Verlagsanfall Hermann Beyer & Co. Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache für den übrigen Inhalt Eugen Werner beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung. | Anzeigen werden die 8-spaltige Petit-Zeile mit 25 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4-spaltige Zeile mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Sachverhalten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inserationsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung allfällige Zinsenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. veripdt. Zahlung, Abg. Kontur d. B. u. traggebend

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4

90. Jahrgang

Nr. 254

Montag, den 29. Oktober

1928

So kommen wir nicht zur Reichsreform!

Wege, die weit auseinander führen

Der alte Gegensatz: Preußen—Bayern

Süddeutschland muß mitmachen — jagt Berlin

In einer Unterredung mit einem „Vorwärts“-Vertreter über die letzte Reichsreformkonferenz führte Reichsinnenminister Seuring aus: Die größte Schwierigkeit liegt darin, im Norden Deutschlands den neuen Weg der Länder zu finden, die Preußen abzuweichen. Hier bietet nicht die territoriale Abgrenzung, sondern die Verteilung der Zuständigkeit den Anknüpfungspunkt der Aufgabe. Preußen ohne unmöglich seiner Zerschlagung zustimmen, ohne die Garantien zu schaffen, daß die neuen Länder oder das Reich die bisherigen festen Bande, die nicht nur Preußen, sondern auch das Reich zusammengehalten hätten, ungeschmälert bestehen bleiben.

Preußen aber ohne auch in keine Regelung willigen, die darauf hinausläufe, im Süden alles beim alten zu belassen und nur aus den preussischen Provinzen Reichsländer zu machen.

Eine derartige Regelung führe nicht zum Einheitsstaat, sondern zur Schwächung und Auflösung des Reichs. Selbst wenn man davon ausgehe, daß Geschichte und geographische Lage der süddeutschen Länder eine gewisse Differenzierung gestatteten, so müsse grundsätzlich doch daran festgehalten werden, daß von der Neuverteilung der Zuständigkeiten auch die süddeutschen Länder nicht ausgenommen werden könnten.

Süddeutschland kann nicht mitmachen — erklärt München

Bei einer gestern abgehaltenen Zusammenkunft der süddeutschen Politiker der Zentrumspartei und der Bayerischen Volkspartei in Augsburg nahm auch der bayerische Ministerpräsident Dr. Held das Wort. Er legte den bayerischen Standpunkt zu den Beratungen der letzten Länderkonferenz nochmals klar und betonte, daß es kein frivoles hervorge-

rufener Kampf Bayerns sei, sondern ein Kampf um seine Existenz, seine Kultur und ein Kampf um die Einheit des ganzen deutschen Volkes, denn Bayern sehe diese Einheit am besten garantiert, wenn das geschichtlich Gewordene geachtet werde.

Was jetzt versucht werden solle, sei nicht etwa das, was sich aus der Notwendigkeit ergebe, sondern es sei der Austausch politischen Machtstrebens, alles Leben in Deutschland von einem Punkt aus zu meistern.

Als Bayern im Laufe der Jahre mehrfach seine Forderungen anmeldete, habe man ihm vorgeworfen, daß es von der Weimarer Verfassung nichts wissen wolle. Jetzt müßten Bayern und die süddeutschen Länder aufstehen, um dieselbe Verfassung zu schützen gegen diejenigen, die Bayern bisher immer beschuldigten. Es drehe sich jetzt nicht um eine Reform, sondern um eine grundstürzende Aenderung dieser Verfassung.

Von Dezentralisation spreche man und Zentralisation meine man.

Es sei nicht wahr, daß die Vereinigung eine Verminderung der Aufgaben mit sich bringe. Zudem werde ein zentral verwaltetes Deutschland vom Auslande nicht anders beurtelt als das heutige. Wenn man Deutschland in der Außenpolitik nützen wolle, dann soll man für einen einheitlichen nationalen Willen sorgen und diesen geschlossenen Willen in die außenpolitische Wagschale werfen.

Die bisher laut gewordenen Pläne zur Lösung des Problems Reich-Preußen seien nichts anderes als die Übertragung der Reichsgewalt auf Preußen.

Man sei auf der Länderkonferenz eingeschwenkt, um die Sache mit einem legalen Mantelchen zu umgeben. In diesem schweren Kampf komme es darauf an, daß Bayern sich selbst treu bleibe.

Die Finanzminister beraten

Das Steuerbereinigungsgesetz

Heute beginnt unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers eine Konferenz der Länder, die sich mit dem Steuerbereinigungsgesetz beschäftigen wird. Von mehreren Ländern ist gegen dieses Gesetz der Einspruch erhoben worden, weil es verfassungsändernden Charakter habe. Es lege nicht nur Richtlinien gemäß der Reichsverfassung fest, sondern bestimme auch im einzelnen über die Höhe der von den Ländern zu erhebenden Steuern. Die Behebung dieser Bedenken wird Aufgabe der Konferenz sein, wobei das Reich in möglichst weitem Umfange den Bedenken der Länder entgegenkommen will. Immerhin darf nicht vergessen werden, daß das im Interesse der Wirtschaft sehr wichtige Steuerbereinigungsgesetz gewissermaßen eine Vorbedingung des noch jetzt in Kraft befindlichen Reichsfinanzausgleichs gewesen ist.

Zersekundungsverhandlungen in den Parteien

Unter dieser Epithete schreibt Reichsminister a. D. Dr. Brügel u. a.: Gegenwärtig befindet sich das ganze deutsche Parteilieben in einem Krisenstadium ganz eigentümlicher

Art. Man hat in den Parteien sowohl wie in der Wählerschaft allgemein das intuitive Gefühl, so wie bisher geht es nicht weiter, aber man hat an keiner Stelle eine klare und abgeschlossene Vorstellung davon, in welchem Gewande und mit welchem Inhalt das Neue kommen soll.

Keiner der jetzt vorhandenen bürgerlichen Parteien ist es gelungen, in sich und für das Staatsleben einen Ausgleich zwischen der materialistischen Strömung der Zeit und den Erfordernissen des Gesamtwohles von Staat und Volk zu finden.

Alle versuchten bisher, durch Konzessionen von Fall zu Fall weiterzukommen; in einzelnen Fällen schenkt man auch davon nicht zurück. Stark auftretende Bewegungen durch gewissenlose Versprechungen parteimäßig ungefährlich oder gar zuträglich zu machen, wie z. B. in der Kleinrentner- und Aufwertungsfrage, aber an den Kern der Sache kommt man nirgendwo heran.

Die Urquelle der berufsständischen Unterdrückung und Auflösung unseres Gemeinheitslebens und unseres politischen Parteilobens liegt darin, daß der gesamtpolitische

Verständlichkeitswert im Parlament, im Staats- und Volksleben nicht mehr ausschlaggebend zur Geltung und Auswirkung kommt, und der Grund hierfür wieder liegt klar erkennbar in dem heutigen Wahlverfahren zu den Parlamenten.

Das Stimmensystem ist die Dirne berufsständischer Ambitionen und das Rosenkranz politischer Persönlichkeitswerte.

Dringender als alle Reichsreform und alle Verwaltungsreform ist eine Reform der Struktur unserer politischen Willensbildung, die Schaffung eines Wahlverfahrens, bei dem die vor der Wählerschaft sich durchsetzende gesamtpolitische Persönlichkeit die Autorität zum höchsten Volkswort, zum Abgeordnetenmandat gibt. Von einer solchen Reform wird eine starke Intensivierung unseres politischen Lebens, eine Ueberwindung der materialistischen Strömungen unserer Tage und eine zusammenfassende Kraft für Staats- und Volksleben ausgehen. Der Partei, die sich zum erfolgreichen Fortkämpfer einer solchen Reform macht, gehört die Zukunft!

Deutschland fordert eine unabhängige Kommission

Die nächsten Schritte in der Reparationsfrage

Berlin, 29. Okt. Nach dem Kabinettsbeschluss sind die Verhandlungen zur Bildung einer unabhängigen Sachverständigenkommission nunmehr endgültig in Fluss geraten. In politischen Kreisen wird besonders die Tatsache begrüßt, daß die deutsche Regierung auf eine „unabhängige Kommission“ Wert legt.

Vor allen Dingen ist damit die Möglichkeit gegeben, daß sich Amerika, das sonst offiziell wohl kaum vertreten sein dürfte, direkt an den Arbeiten der Kommission, vielleicht durch eine oder mehrere private Finanzmänner, beteiligen kann. Auch heute wieder liegen aus Paris Stimmen vor, wonach man sich in französischen amtlichen Kreisen mit dem Gedanken trägt, u. a. auch beamtete Vertreter zu entsenden. Der Zweck einer solchen Maßnahme würde nur zu offensichtlich sein.

Da Pariser Gilberts bisherige Vorschläge auf persönliche Initiative zurückzuführen sind, ist erst durch den Kabinettsbeschluss die Reparationsfrage eine Angelegenheit der Regierung geworden. Die deutsche Regierung wird nunmehr ihre diplomatischen Vertreter im Auslande anweisen, sich mit den Regierungen, bei denen sie akkreditiert sind, in Verbindung zu setzen und zu versuchen, eine Einigung über die Qualität, Größe der Kommission und Auswahl der einzelnen Vertreter herbeizuführen. Zum Schluss sei noch vermerkt, daß Pariser Gilbert keineswegs mit festumrissenen Vorschlägen nach Berlin zurückgekehrt ist, sondern vielmehr Ansichten, Stimmungsbilder usw. der Regierungen, die er besucht hat, überbracht hat.

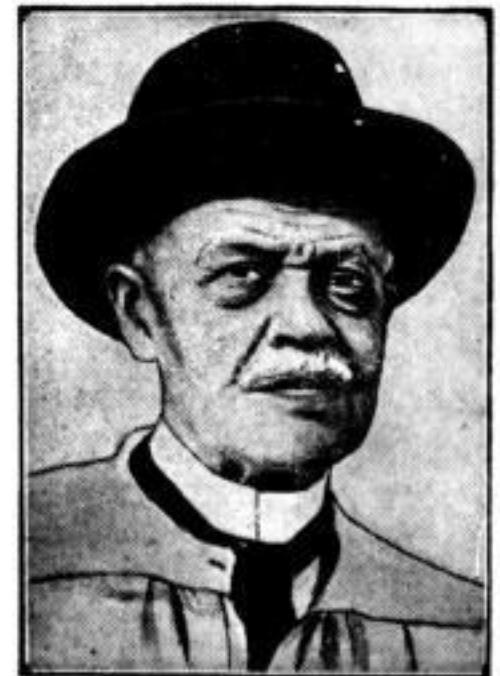
Englisch-Französisches Zusammengehen

Die Pariser Presse kündigt in großer Aufmerksamkeit die Klärung der zweiten Rhein-

landfrage für den 18. Januar 1929 an. Gleichzeitig will sie wissen, daß im Laufe des Sommers 1929 die Befragung auch aus der dritten Zone zurückgezogen werden wird.

Diese Informationen dürften im wesentlichen richtig sein und auf Abmachungen der französischen und englischen Regierung beruhen, wobei die Initiative England zufallen dürfte.

Für Deutschland würde eine derartige englisch-französische Verständigung sicherlich einen allzu teuren Kaufpreis für die Klärung des Rheinlandes noch im Sommer 1929 bedeuten.



Der diesjährige Nobelpreisdräger für Medizin ist Professor Charles Nicolle, Direktor des Pasteurinstituts in Tunis, dem für seine bahnbrechende Arbeit über das Fleckfieber diese hohe Auszeichnung zuerkannt wurde.



Der neue Führer der Arbeiterpartei im englischen Oberhaus

ist der 76jährige Lord Balfour, der an Stelle des verstorbenen Lord Baldwin einstimmig gewählt wurde.